

Sitzungsvorlage

Nr. 0.1-735/2023/2

Gremium	Termin	Behandlung	TOP
Gemeinsame Sitzung des Hauptausschusses und des Ausschusses Bildung, Vereine und Sport	08.05.2023	nicht öffentlich	
Stadtrat	24.05.2023	öffentlich	

Betreff: Beschluss über den Antrag der AfD-Fraktion: Verpflichtende Normsprache

Beschlussvorschlag:

Sachverhalt:

Am 24.03.2023 wurde beim Bürgermeister seitens der AfD-Fraktion der Antrag „Verpflichtende Normsprache“ mit Datum vom 23.03.2023 eingereicht. Der Antrag ist der Vorlage angehängt. Auf den Inhalt des Antrages wird verwiesen.

Hinweis der Verwaltung:

Nach Rücksprache mit der Rechtsaufsichtsbehörde gibt es „grundsätzlich keine gesetzliche Regelung für einen Umgang mit geschlechtersensibler Sprache in den Behörden. Eine allgemeine Verpflichtung zur Verwendung geschlechtergerechter Formulierungen wird u.a. auch im Gleichstellungsgrundsatz nach Art. 3 Abs. 2 S. 2 GG gesehen. Soweit mit dem vorliegenden Antrag auf Beschlussfassung eine bestimmte Art der Umsetzung der geschlechtergerechten Sprache bezweckt wird, ist eine Zuständigkeit des Stadtrates nicht gegeben. Nach § 53 Abs. 1 SächsGemO ist der Bürgermeister für eine sachgemäße Erledigung der Aufgaben und den ordnungsmäßigen Gang der Verwaltung verantwortlich und regelt die innere Organisation der Verwaltung. Nach einschlägiger Kommentierung (Binus/Sponer/Koolman, SächsGemO zu § 53 Rz. 1ff) zählt darunter auch der Umgang mit Bürgerinnen und Bürgern, einschließlich der Form und Ausdrucksweise. Mithin ist die Art und Weise der Korrespondenz, folglich auch die Schreibweise, Inhalt eines ordnungsgemäßen Gangs der Verwaltung. Die Festlegung der Schreibweise innerhalb der Stadtverwaltung ist Teil der inneren Organisation, für die der Bürgermeister allein zuständig ist. Es obliegt damit auch nicht dem Stadtrat, eine entsprechende „Verordnung“ dazu zu erlassen“ (E-Mail vom 12.04.2023).

Der Hauptausschuss und der Ausschuss „Bildung, Vereine und Sport“ haben in gemeinsamer Sitzung am 08.05.2023 über den Sachverhalt beraten und verweisen den Antrag ohne eindeutiges Votum zur Beschlussfassung an den Stadtrat.

Bürgermeister

Anlage:

Antrag der AfD-Fraktion: Verpflichtende Normsprache, vom 23.03.2023